

Inhaltsverzeichnis

Der 1. Mai 1933... und 1973	1
Jusos und DKP	4
Die Wahl in Frankreich	8
Auszüge aus einem Brief von Waldemar Bolze vom 17. 1. 1945	10
Folgen der englischen Kolonialherrschaft in Uganda	11
Arbeiterkorrespondenz	
Berichte über Demonstrationen am 1. Mai	
Hamburg	14
Bremen	17
Berlin	18
Frankfurt	19
Neumünster	20
Auseinandersetzungen bei Opel	20
Schüleraktivitäten in Bremen	21
Auslandsberichte	
Der dreiwöchige Arbeitskampf in Dänemark	23
Ein Brief aus Skandinavien zum Bruch in der Norwegischen Arbeiterpartei	24

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
Günter Kuhlmann, 28 Bremen, Admiralstr.139
Herstellung und Vertrieb:
Margret Kuhlmann, 28 Bremen, Postfach 1641
Konten: Sparkasse in Bremen, Nr. 1146 1423
und Postscheckkonto Hamburg 3579 94-205

wachsene Glieder des Volkslebens, mit tausend Nervenfasern organisch gebunden an das Ganze, in ihrem eigenen Dasein auf Gedeih und Verderb abhängig vom Schicksal der Nation.“

„Erdmann stieß ebenfalls in das nationale Horn: „Durch Sozialismus zur Nation!“ lautete seine Devise.

Währenddessen rollte im Reich, besonders in Ostpreußen und Bayern, in Schlesien und Sachsen, eine Welle nationalsozialistischer Willkürakte. Zahlreiche Gewerkschaftshäuser wurden besetzt, widerstrebende Funktionäre terrorisiert und in einzelnen Fällen ermordet. Aus etwa 160 Orten des Reiches gelangten Hilferufe an den Bundesvorstand des ADGB.“

„Die Zerschlagung war lange beschlossen. Die Marschbefehle waren durch geheime Rundschreiben vom 21. April herausgegangen. In einer Sprache, die keinen Widerspruch duldet, wurde dekretiert: „Dienstag, den 2. Mai 1933, vormittags 10 Uhr, beginnt die Gleichschaltung gegen die freien Gewerkschaften (. . .).“

„Der Bundesvorstand des ADGB trifft sich am Morgen des 2. Mai zu einer friedlichen Sitzung im Gewerkschaftshaus. Gegen 10 Uhr stürmen mit Revolvern und Schlagwerkzeugen ausgerüstete braune Trupps das Gebäude. Geschrei, Lärm, Schüsse. Alle Funktionäre werden in einem Raum im Erdgeschoß zusammengetrieben. Ley naht in der Pose des Herrschers. Mit schwerer Zunge verkündet er die Übernahme der Gewerkschaften und erklärt die Funktionäre für verhaftet. Eine Alkoholfahne umschwebt ihn.

Die Gewerkschafter werden auf einen Lastwagen gepfercht. Das umstehende Volk jöhlt. Die Verhafteten sollen in das KZ Oranienburg eingeliefert werden. Aber das Lager ist bereits überfüllt. Statt dessen sperrt man die Opfer in einen Keller an der Parochialstraße. Sie verbringen eine Nacht voller Qualen. Am 3. Mai werden sie zu Fuß ins Polizeipräsidium geleitet. Aus Raummangel müssen alle vierzig Gefangenen in einer Sammelzelle unterkommen.

Immerhin verhält sich die preußische Polizei korrekter als die Schlägertrupps der SA und SS. Während unbekannte Funktionäre in Kellergefängnissen gemartert werden, sind die neuen Herrscher sorgsam darauf bedacht, zunächst keine prominenteren Märtyrer zu schaffen. Leipart und sein Stellvertreter Peter Großmann werden – wie es heißt – mit „Herzleiden“ und „Gelenktuberkulose“ in das Staatskrankenhaus eingeliefert.

Aus den „Ärzten am Krankenbett des Kapitalismus“ sind Zwangspatienten des Faschismus geworden.“

„Zu den verhafteten Persönlichkeiten gehörte auch ein Mann wie Franz Josef Furtwängler, der als Mitarbeiter Leiparts der äußerste Exponent einer Politik nationaler Anpassung war. Noch zum Schluß hatte er einen

„Hymnus“ auf den „Feiertag der nationalen Arbeit“ veröffentlicht. Doch die Nazis machten keine feinen Unterschiede. „Wir haben sie in Schutzhaft nehmen müssen“, prahlte NSBO-Organisationsleiter Reinhold Muchow.“

Und keine Hand rührte sich mehr zur Verteidigung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. So heruntergewirtschaftet hatte die reformistische Führung die Gewerkschaften.

Ohne auf Widerstand zu stoßen, waren die deutschen Gewerkschaften zerschlagen, die mitgliedermäßig stärkste Organisation im Internationalen Gewerkschaftsbund, in dem sie 40 Prozent der Mitglieder stellten. Vergebens hatten die Mitglieder auf den berühmten „Knopfdruck“ gewartet, bei dem es „losgehen“ sollte. Brenner: Der Vorsitzende des ADGB Theodor Leipart, bekannte, daß er es nicht über sich bringe, auf den Knopf zu drücken und das Signal zum Bürgerkrieg zu geben. War es persönliche Unfähigkeit, wie man es aus dem ÖTV-magazin entnehmen könnte? Nein! Als Sozialdemokrat war er mit dem bürgerlichen Staat auf Gedeih und Verderb verbunden. Über die damaligen sozialdemokratischen Organisationen schreibt das Blatt: „Fest wie ein Fels im wilden Meer“ stand zwar weiterhin „der Arbeit gewaltiges Heer.“ Reichsbanner und Eiserne Front, gegründet, um die Republik zu schützen, demonstrierten Kraft und Disziplin. Die politische Führung zeigte sich aber außerstande, in ihrer doppelten Frontstellung gegen Nazis und Kommunisten eine dynamische Strategie zu entwickeln.

Warum? muß man hier fragen. Denn diese Erklärung ist zu billig, um ernst genommen zu werden. Der Kampf gegen den Kommunismus war der ADGB-Führung und der SPD weit wichtiger als der Kampf gegen den Kapitalismus. Und die damalige KPD erleichterte ihnen durch ihre falsche, scheinradikale Politik der Gründung eigener Gewerkschaften und mit ihrer Phraseologie vom „Sozialfaschismus“ ihre Kapitulation vor den Nazis.

Für die reformistische Führung war es unmöglich, die Massen zum Kampf aufzurufen, weil sie wußten, daß bei diesem Kampf die Grenzen des bürgerlichen Staates überschritten würden. Er konnte nicht wie 1918 mit dem Einsetzen einer Statthalterregierung ala Ebert-Scheidemann enden. In diesem Kampf wäre zwangsläufig die Führung an die Kommunisten gegangen, und der reformistische Einfluß auf die Arbeiter wäre überwunden worden. Für die Reformisten wäre der Preis für den Kampf gegen den Faschismus ihre Niederlage gewesen. Sie glaubten jedoch, das „kleinere Übel“ wählen zu können.

Interessant für die Einschätzung der gegenwärtigen Gewerkschaftspolitik und ihr Verhältnis zur sozialliberalen Regierung ist es, zu sehen, wie das ÖTV-magazin daran geht, die „Ursa-¹ NSBO Nationalsozialist, Betriebs-Obleute

chen" für die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung zu suchen.

„Wer sich an die greifbaren politischen Ursachen der tragischen Entwicklung halten will, erblickt den Anfang einer verhängnisvollen Serie falscher Entscheidungen im Bruch der Großen Koalition Anfang des Jahres 1930, als das letzte sozialdemokratisch geführte Reichskabinett unter Hermann Müller-Franken die Macht aus den Händen gab.

Von diesem Zeitpunkt an hat die deutsche Arbeiterbewegung nie wieder die Initiative ergreifen können. Man verzichtete auf die Macht und fühlte sich zugleich verpflichtet, keine wirk- same Opposition zu betreiben.“

Heißt das nicht: Die Gewerkschaft muß alles hinnehmen, nur damit die SPD an der Regierung bleibt? Nur so kann offensichtlich in den Augen der Gewerkschaftsführung eine Entwicklung zur Diktatur verhindert und damit ihr Bestand gesichert werden. Die SPD besitzt jedoch nicht die gesellschaftliche Macht, sondern sie ist zur Zeit nur der Geschäftsführer in diesem kapitalistischen Staat. Nicht gesehen wird, daß sich 1930 die Regierung Hermann Müller durch den von ihr beschlossenen sozialen Abbau bei den Massen so kompromittiert hatte, daß sie von der herrschenden Klasse nicht mehr gebraucht wurde. Die Geschäftsführung mußte in feste Hände gebracht werden, um den sozialen Abbau weiter vollführen zu können.

Die Lehre des 1. Mai 1933 für die Arbeiterklassen: daß sie sich nicht mehr gängeln läßt, sondern die eigenen Geschicke selbst in die Hand nimmt.

Fortsetzung von Seite 1

halten, sehen sie sich heute der Tatsache gegenüber, daß auch die Arbeiterklasse beginnt, sich ihrer Kraft bewußt zu werden. Das beweist nicht nur der Verlauf der Tarifbewegung und die Kampfbereitschaft der Arbeiter in der graphischen Industrie, sondern auch die fast überall am 1. Mai erhobene Forderung der Metaller auf Revision des 8,5-Prozent-Abkommens vom Januar 1973. Während die Unternehmer, mittels ihrer ökonomischen Macht, kämpfende Arbeiter mit Entlassung „bestrafen“ (siehe die Entlassung des Kollegen Hoffmann bei Springer in Hamburg), bedienen sich manche Gewerkschaftsführer ihrer bürokratischen Macht, um Arbeiter mit polizeiähnlichen Methoden aus der Gewerkschaft auszuschließen — nur weil ihre Stellung in Gefahr kommt. Unsere Aufgabe ist es, den erwachenden spontanen Kampfwillen der Arbeiter mit kommunistischer Strategie und Taktik zu vereinen.¹

Was ist die Ursache dafür, daß die Gewerkschaftsführungen aller Verbände sich in den Kampf gegen die „Linken“ stürzen? Die Ursache liegt darin, daß die „Linken“ nicht bereit sind, für den Niedergang der kapitalistischen

Persönliche Erklärung

Hamburg, 4. Mai 1973

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Gestern abend erhielt ich, Helmut Hoffmann, Korrektor und stellvertretender Sprecher der Vertrauensleute in diesem Hause, überraschend meine schriftliche Kündigung. In dem Schreiben wurde mir, entgegen üblicher Gepflogenheit, mit sofortiger Wirkung striktes Hausverbot erteilt. Offizieller Kündigungsgrund: angebliche Mitgliedschaft in der "Zelle Springer der KPD", Aufforderung der Kollegen zur illegalen Arbeitsniederlegung und Verteilung der "Tarifkampfinformation" der kommunistischen Gruppe Hamburg. Darin sollte ich sogar gleichzeitig zwei, einander gegenüberstehenden Gruppierungen (!) zu gehören . . .

Ich habe gegen diese Kündigung heute morgen über die IG Druck und Papier eine Feststellungsklage beim Arbeitsgericht eingeleitet.

Nachdem es durch eine beispiellose Diffamierungskampagne der Geschäftsleitung/Jürgensen / Lückow gelungen war, einen unbehaglichen Betriebsrat zum Rücktritt zu veranlassen, gilt dieser Angriff der organisierten Vertrauensleutearbeit. Dieser Vertrauenskörper hat im vergangenen Jahr erstmals Ansätze von Verbindungen der Abteilungen zueinander geschaffen, die verschiedenen Probleme der Kollegen in den Abteilungen diskutiert (Klima, Lärm, Sozialkatalog etc.). Außerdem haben wir erstmals mit einer systematischen Gewerkschaftsarbeit begonnen und die Forderung der Kollegen in der Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier vorgestellt und z. T. durchgesetzt (Antrag auf Herabsetzung der Altersruhegrenze für Schichtarbeiter, Forderungen zur Tarifrunde). Diese Kampagne ist nicht nur mein "persönliches Problem" oder das meiner Familie, sondern steht in Zusammenhang mit den bevorstehenden Betriebsrats- und Vertrauensleutewahlen. Mit den Mitteln der Einschüchterung, Beschimpfung und Lügen versucht die Geschäftsleitung, fortschrittliche Kollegen, Vertrauensleute und Betriebsräte zum Resignieren zu bringen oder aus dem Betrieb zu werfen.

Angesichts der derzeitigen Situation im Betrieb muß man sagen, daß es der Geschäftsleitung schon in einigen Schichten gelungen ist, die Kollegenschaft zu spalten. Dabei zeigt die Erfahrung, daß nur die Solidarität aller Kollegen eine erfolgreiche Interessenvertretung gegenüber der Geschäftsleitung schaffen kann.

Kollegen, ich werde darum kämpfen, wieder an meinen Arbeitsplatz zurückzukehren. Aber dazu brauche ich die Unterstützung aller Kollegen. Die Betriebsversammlung am 8. Mai muß zeigen, daß wir uns diese Angriffe gegen aktive Kollegen nicht länger bieten lassen!

Helmut Hoffmann

Wirtschaft in der BRD die von der herrschenden Klasse geforderten Opfer zu bringen. Wer dem erwachenden Klassenbewußtsein der Arbeiterorganisation und Führung geben will, bedarf der Geduld und der Einsicht in die Kräfteverhältnisse, die verändert werden sollen.

Die Führung des DGB möchte den politischen Auseinandersetzungen um den 1. Mai 1933 und heute am liebsten entfliehen, weil sie ihnen politisch nicht gewachsen ist — und den 1. Mai fortan zur Saalfeier kastrieren. Sie haßt die sie störende Einmischung durch junge oppositionelle Arbeiter. Daß gegen die Versumpfung der Gewerkschaften unter ihrer jetzigen Führung die Opposition wächst, ist ein erfreuliches Zeichen des 1. Mai 1973. Daß dieser beginnende Widerstand die Grenzen des Zirkel- und Parteiegoismus überwindet, dafür muß jetzt im Interesse der ganzen Klasse der Kampf aufgenommen werden.

Engels begrüßte in einer ähnlichen

Lage, in der wir uns heute befinden, das Wiedererwachen der englischen Arbeiter nach einer langen Periode der wirtschaftlichen Prosperität und des damit verbundenen Verfalls der englischen Gewerkschaftsbewegung 1892 mit folgenden Worten: *„Eine große Klasse wie eine große Nation lernt nie schneller als durch die Folgen ihrer eigenen Irrtümer. Und trotz aller möglichen Fehler in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft bleibt das Erwachen des Ostends von London eines der größten und fruchtbarsten Ereignisse dieses fin de siècle, und froh und stolz bin ich, daß ich es erlebte...“*²

¹ Wir sind uns natürlich darüber im klaren, daß es nicht genügt, allgemein von kommunistischer Strategie und Taktik zu sprechen. Wir werden daher in der nächsten Ausgabe der Arpo am Beispiel der Tarifbewegung in der Druckindustrie konkret darstellen, was wir darunter verstehen.

² Ostende von London — Arbeiterviertel Londons

Jusos und DKP

Der Niedergang des Kapitalismus und die Zersetzung der bürgerlichen Ordnung in der BRD drücken sich unter anderem in den Auseinandersetzungen aus, die neuerdings auch in der SPD in verstärktem Maße zwischen der Parteiführung und den Jungsozialisten stattfinden. Es ist besonders die noch unverbrauchte junge Generation, die der kapitalistische Niedergang zunehmend für revolutionäres Klassenbewußtes Denken und Handeln empfänglich macht. Wer aus dem Sumpf der bürgerlichen Gesellschaft heraus will, muß sich notwendigerweise dem Marxismus zuwenden, der einzigen Weltanschauung, die eine Zukunftsperspektive bietet. Die Auseinandersetzungen bieten ein verwirrendes Bild, wenn wir nur die Oberfläche und die an ihr wirkenden Personen betrachten und sie nicht als Ausdruck eines Prozesses verstehen, in dem die Ideologen die Wirklichkeit und den Prozeß nur widerspiegeln. Wie kann es anders sein, daß das politische Bild, das sich bietet, chaotisch erscheint, wenn man bedenkt, daß die jetzt 25- bis 30jährigen die Erfahrungen der sozialdemokratischen und kommunistischen Bewegung vor und nach dem Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer-Republik nicht kennen können. Die meisten, die in dieser Bewegung entscheidend mitwirkten und heute die notwendige historische Überleitung herstellen könnten, leben nicht mehr oder sind aus physischen Gründen nicht mehr aktiv. So bleibt der sozialistische Bewegung kein anderer Weg, als die Erfahrungen von fast 50 Jahren Arbeiterbewegung im Eiltempo nachzuvollziehen mit allen ihren Irrungen, aber auch Erkenntnissen, um die in der Gegenwart und Zukunft gestellten Aufgaben lösen zu können. Dies ist vergleichbar mit dem Prozeß, den der werdende Mensch vor und nach seiner Geburt durchmachen muß. Wer diesen geschichtlich notwendigen Prozeß abkürzen will, um der Arbeiterklasse nach Möglichkeit neue Enttäuschungen und Niederlagen zu ersparen, muß kommunistisches Denken und Handeln in die Auseinandersetzungen tragen und so die Tageskämpfe mit dem Endziel der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse verbinden.

Auch die Steffen, Oertzen u. a., die sich gerne als „links“ darstellen, sind nur die ideologische Widerspiegelung einer bestimmten Etappe der Entwicklung. Ihre historische Rolle besteht darin, daß sie die nicht mehr haltenden Deiche der bürgerlichen Ordnung und ihrer Vertretung in der Arbeiterklasse, der SPD, durch neue ersetzen, die die Bewegung aufhalten sollen zum Schutze der bestehenden Ordnung. So werden wir in den kommenden Kämpfen

erleben, was schon Engels voraussagte, daß die „Demokratie“ das letzte Bollwerk der bürgerlichen Herrschaft ist. Es ist auch möglich, daß in weiteren Etappen „linke“ sozialdemokratische Parteien entstehen als Durchgangsstadien zum Kommunismus.

Die Dämme, die zum Schutze der bestehenden Ordnung gebaut werden, können nicht mit konstruierten Theorien und Gedankengebäuden (jetzt heißt das „Modelle“) überwunden werden, nach denen sich die Wirklichkeit

Dann gibt's was auf den Hut...

e. b. Washington — „Sollten Jungsozialisten antiamerikanische Reden halten, so werden sie etwas auf den Hut bekommen, bis man den Hut nicht mehr erkennen kann.“ Mit diesem markigen Ausspruch wartete in Washington Bundesfinanzminister Schmidt während einer Pressekonferenz auf. Schmidt war nach anti-amerikanischen Tendenzen bei den Jusos gefragt worden.

Schmidt sagte voraus, daß die Beschlüsse auf dem SPD-Parteitag in Hannover mit großer Mehrheit gefaßt würden. Daß es innerhalb der SPD Anzeichen für einen zunehmenden Anti-Amerikanismus gebe, bestritt der Minister. Er setzte sich für den Verbleib der US-Truppen in Europa ein.

richten muß. Vielmehr schafft die Bewegung der sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnisse und des Klassenkampfes die quantitativen und qualitativen Voraussetzungen, um mit den vorhandenen Menschen unter den bestehenden Bedingungen den nächsten Schritt zu vollziehen. Was könnte die Demagogie und Phraseologie der „linken“ Oertzen und Steffen besser demaskieren, als die von den Jungsozialisten erhobene politische Forderung nach Abzug der amerikanischen Truppen aus der BRD, Einstellung der Devisenausgleichszahlungen an die Amerikaner für die in der BRD stationierten Truppen. Gegenüber dieser Forderung hilft keine „linke“ Phraseologie mehr, da muß das politische Bekenntnis abgelegt werden über das Ziel und die Rolle in dem historischen Prozeß. Ist es verwunderlich, daß Steffen und Oertzen den Abzug der Amerikaner nicht wollen, daß der eine ihn für „undenkbar“ hält, der andere ihn auf eine ungewisse Zukunft verschieben will? Ist es verwunderlich, daß sie sich in dieser Frage mit den Interessen des

amerikanischen Imperialismus und der herrschenden Klasse in der BRD identifizieren müssen, unabhängig von allen ideologischen Konstruktionen?

Kommunisten müssen die Forderung der Jungsozialisten auf Abzug der US-Streitkräfte unterstützen mit der Forderung, daß mit dem Abzug der amerikanischen Truppen aus Deutschland auch die Anwesenheit der russischen Truppen — aller ausländischen Truppen — überflüssig wird. Dies ist die Voraussetzung dafür, daß die deutsche Arbeiterklasse im Westen und im Osten Herr im eigenen Hause werden kann. Übrigens ist diese Forderung nicht neu, sondern sie wurde bereits 1945 von der Gruppe Arbeiterpolitik erhoben: „Die allgemeine Richtlinie für den Kampf kann nur sein: die sozialistische Umgestaltung der deutschen Wirtschaft. Nur dadurch kann ein wirklicher Wiederaufbau der Wirtschaft ermöglicht werden. Aber man soll keine Illusionen darüber hegen, daß eine solche sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft möglich wäre, solange das Land von fremden Truppen besetzt und entwaffnet ist. Denn der Hauptzweck der Okkupation und Entwaffnung ist gerade, die sozialistische Revolution zu verhindern.“¹ Ein Beweis für die Überlegenheit der Methode des Marxismus, wenn sie richtig angewandt und aus dem Marxismus nicht eine Ideologie gemacht wird.

Daß diese Forderung von Kommunisten unterstützt werden muß, kann uns nicht hindern, in anderen Fragen kritisch an die Juso-Vorstellungen heranzugehen. Das gilt z. B. für ihre abstrakte Vorstellung der „Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften“. Hier sind Erfahrungen in der Praxis notwendig, die die kommenden Auseinandersetzungen in reicherer Zahl bieten werden als es die Periode der Sozialpartnerschaft in der Hochkonjunktur zuließ. Erst wenn und insoweit die unter der Oberfläche „Gewerkschaften“ verborgenen Widersprüche ans Licht gedrängt werden, kann konkretisiert werden, daß „Gewerkschaften“ in sich einen Widerspruch verbergen, den schon Marx beschrieb: „Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d. h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“²

Fortsetzung auf Seite 6

¹ August Thalheimer, „Die Potsdamer Beschlüsse“, September 1945.

² Karl Marx, „Lohn, Preis und Profit“, Kapitel 14, MEW Band 16, Seite 152.

Der BETRIEBSRAT informiert:

Hamburg, den 27. April 1975

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

aufgrund der Vorfälle der letzten Tage sieht sich der Betriebsrat veranlaßt, im Folgenden eine Darstellung des Sachverhalts, der zum Rücktritt des Vorsitzenden und drei weiterer BR-Mitglieder geführt hat, abzugeben.

Am 25. April 1975 beantragte der Betriebsratsvorsitzende Rolf Jürgensen in der BR-Sitzung ein Ausschlußverfahren gegen das BR-Mitglied Stefan Stanjek.

Die Vorwürfe, die gegen den Koll. Stanjek erhoben werden, sind inzwischen bekannt. Er und das genannte Ersatzmitglied Heide Pietsch * haben diese Anschuldigungen energisch zurückgewiesen.

In der Diskussion um diese Vorwürfe wurden von den BR-Mitgliedern - so auch von den Koll. Karin Dahlke, Helmut Kruschak und Hinrich Weichert - Beweise für die Richtigkeit dieser schwerwiegenden Anschuldigungen gefordert.


Weil der Koll. Jürgensen sich außerstande erklärte, diese Beweise dem Betriebsrat vorzulegen, und der Einwand kam, daß man unter diesen Voraussetzungen nicht abstimmen sollte, zog er seinen Antrag zurück.

Nach zehnminütiger Unterbrechung der BR-Sitzung erklärte der Koll. Jürgensen und drei weitere BR-Mitglieder ihren Rücktritt ohne weitergehende Begründung.

Inzwischen hat der Koll. Stanjek eine einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichts Hamburg erwirkt, mit der dem Koll. Jürgensen das Verteilen und Verleihen seines Flugblattes vom 26. April 1975 verboten wird.

Der in dem Flugblatt erweckte Eindruck, die Koll. Dahlke, Kruschak und Weichert in die Nähe von verfassungsfreundlichen Radikalen zu stellen, weist der Betriebsrat zurück.

Dennoch hat der Betriebsrat gemäß § 13 Abs. 2 Ziffer 3 BetrVG seinen Rücktritt beschlossen, um den Kolleginnen und Kollegen durch Neuwahl die Entscheidung zu überlassen.


(Rudolf Burack)
stellvertr. BR-Vorsitzender

* Das BR-Mitglied Dr. Ilse Pietsch ist nicht identisch mit dem Ersatzmitglied des BR Heide Pietsch.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

zugleich im Namen der mit mir aus dem Betriebsrat zurückgetretenen Kollegen Maria Orth, Christian Staschka und Werner Lichow danke ich für die überwältigend hohe Zahl von bisher über 7.000 Unterschriften, mit denen Sie unsere Forderung nach Rücktritt und Neuwahl des Betriebsrates unterstützt haben.

Der Betriebsrat hat heute daraus die Konsequenz gezogen und ist zurückgetreten. Damit ist der Weg für Neuwahlen frei.

Zu der heutigen Erklärung des Betriebsrates muß ich allerdings feststellen:

- Die Behauptung des Betriebsrates, ich hätte für die Vorwürfe gegen Stanjek keine Beweise, ist falsch, denn
 - meine Behauptung, Stanjek sei u. a. Mitglied der linksextremen "Gesellschaft für Recht und Politik", ist durch eine von Stanjek selbst unterzeichnete Erklärung beweisbar, in der er als Mitglied der Gesellschaft bezeichnet wird;
 - meine Behauptung, Stanjek habe unter Irreführung der Polizei fälschlich den Betriebsrat als Veranstalter einer Demonstration benannt, ist von dem zuständigen Kommando der Schutzpolizei sowohl Werner Lichow als mir gegenüber ausdrücklich bestätigt worden;
 - meine Behauptung, Stanjek habe durch Irreführung versucht, die Teilnahme einer politischen Gedenkveranstaltung an Betriebsratsitzungen zu erreichen, ist ebenfalls durch Zeugen bestätigt worden.
- Die Darstellung des Betriebsrates, Stanjek habe kein Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung gegen sich erwirkt, mit der mir das Verteilen und Verleihen meiner Erklärung vom 26. April 1975 verboten wird, ist grob irreführend. Der Antrag von Stanjek beim Arbeitsgericht, mir die Verbreitung dieser Behauptungen über ihn zu verbieten, ist vom Gericht abgewiesen worden. Das Arbeitsgericht hat mir lediglich bis zur endgültigen gerichtlichen Klärung die weitere Verbreitung meines Schreibens untersagt, aber andererseits ausdrücklich erklärt, daß es keine Stellungnahme dazu abgibt, ob meine Erklärungen richtig oder falsch sind.

Stanjek hat im Übrigen dem Gericht gegenüber an Eides statt erklärt: "Ich bin und war nie Mitglied der Gesellschaft für Recht und Politik".

Damit hat Stanjek eine falsche eidesstattliche Erklärung abgegeben, um eine einstweilige Verfügung gegen mich zu erreichen.
- Der Betriebsrat verschweigt im Übrigen in seiner Erklärung, daß und in welcher Zahl die Kolleginnen und Kollegen ihn aufgefordert hatten, aufgrund der Vorfälle sofort zurückzutreten und Neuwahlen zu ermöglichen.

Hamburg, den 27. April 1975



persönliche Erklärung des Kollegen Stefan Stanjek

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Herr Jürgensen versuchte am 25.4.75 einen Ausschlußantrag im Betriebsrat gegen mich durchzusetzen. Wegen offensichtlicher Unrichtigkeiten zog er ihn zurück und trat zusammen mit drei anderen Betriebsräten zurück. In der selben Nacht ließ er das erste Flugblatt verteilen. Am nächsten Tag kursierten im Betrieb bereits die ersten Unterschriftenlisten. Bezeichnend ist, daß das Flugblatt im Betrieb gedruckt wurde, Pförtner und Kontrollpersonal es an den Eingängen verteilten, die Unterschriftenlisten fast nur von Schichtführern oder Abteilungsleitern weitergegeben wurden und an den Eingängen auslagen.

In einem internen Rundschreiben an die leitenden Angestellten unterstützte Herr Peter Tamm massiv die Angriffe gegen mich. Der Sprecher des Hauses Springer, Freyburg, erklärte, die Verlagsleitung teile die Sorgen des zurückgetretenen Betriebsratsvorsitzenden voll" (Frank. Rundsch. v. 27.4.75)

Die Angriffe des Herrn Jürgensen gegen mich und auch gegen andere genannte Kollegen gipfeln darin, daß es sich hierbei um "kommunistische Extremisten" handeln soll. Er sagt "kommunistische Extremisten" und meint die Betriebsratspolitik, die seit den Neuwahlen 1972 betrieben wird. Seine "ernste Sorge um die Zukunft unseres Verlagshauses und die Sicherheit der vielen tausend Arbeitsplätze" wird auch von Präsidenten des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger, Alfred Strothe, geteilt, der vom Streik im Druckgewerbe sagte, er berge Konsequenzen für die Sicherheit der Arbeitsplätze in sich.

Wie sieht es wirklich aus?

Der Betriebsrat in seiner Mehrheit rief in Sachen "bargeldlose Lohnzahlung" die Einigungsstelle als einzige Betriebsratstelle im Konzern an, wir verhinderten die bisherigen üblichen Maximierungsmaßnahmen bis zum noch ausstehenden Abschluss einer entsprechenden Betriebsvereinbarung, wir fordern zusätzliche Freistellungen für Betriebsräte, damit der Betriebsrat nahezu rund um die Uhr erreichbar ist, es wurden Lärmmessungen mit alarmierenden Ergebnissen in der Rotation durchgeführt, dabei gelang es selbst diesem Betriebsrat nicht, bis jetzt echte Maßnahmen gegen diese Gefährdung der Gesundheit der Kollegen durchzusetzen, der Einbau einer Klimaanlage in der Setzerei wurde zusammen mit den Kollegen durchgesetzt, für die ersten Angestelltenabteilungen wurden die Gehaltsstrukturen sowie die Arbeitsbedingungen bei der Geschäftsleitung bemängelt und s.T. beseitigt, die Kollegen wurden vergleichsweise besser informiert als früher (wenn auch noch nicht ausreichend), diese Liste läßt sich durchaus fortsetzen.

Die Gewerkschafts- und Vertrauensleutearbeit wurde aktiviert, von Betriebsräten und Vertrauensleuten der IG Druck und Papier in Ortsverein Hamburg ein Antrag "Zur Herabsetzung der Altersgrenze für Schichtarbeiter" und zur Tarifrunde 73 die Forderung "40 Mark für alle" durchgesetzt werden, wir hatten in unserer Amtszeit ca. 120 Neueintritte in die IG Druck und Papier.

Während des Streiks haben aktive Betriebsräte zusammen mit Vertrauensleuten die Kollegen unterstützt, entweder waren sie selbst in der Streikleitung oder haben bei der Organisation mitgeholfen. So habe ich auf Wunsch von Kollegen von Broschek, Auer-Druck, H. Neuer, Bruner & Jahr/Hamburg und Springer/Hamburg eine Demonstration zum Gewerkschaftshaus angemeldet (aber nicht im Namen des Betriebsrates), um eine außerordentliche Mitgliederversammlung zu erreichen.

Aber wo waren die, die jetzt die Angriffe starten?

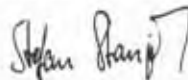
Trotz der Aufforderung der Kollegen war z.B. Herr Jürgensen kaum zu sehen

Diese Angriffe gegen aktive Betriebsräte kamen für die meisten Kollegen überraschend. Herr Jürgensen und insbesondere das ehemalige Betriebsratsmitglied und Hamburger Abendblatt-Redakteur Herr Jerner Lichow nutzten diese Uninformiertheit voll aus. Dadurch konnten sie einen größeren Teil der Kollegen gegen den amtierenden Betriebsrat aufbringen.

Für die Zukunft kann das nur heißen: Engere Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Kollegen!

Die anstehenden Neuwahlen z.B. setzen eine ausführliche öffentliche Diskussion über diese Vorfälle voraus. Ohne eine Betriebsversammlung in Kürze ist dies und die Diskussion über die weitere Betriebsratsarbeit, Kandidaten- und Listenaufstellung kaum möglich.

Ich werde weiterhin dafür eintreten, daß die guten Ansätze in der bisherigen Betriebsratsarbeit auch in neuem Betriebsrat ausgebaut werden.



PS: Der Vorwurf der falschen Versicherung an Eides statt wird gerichtlich geklärt werden.

Meine Apparatur. 4277

Hamburg, den 29. April 1975

